

# Laibacher Zeitung.



Nr. 238.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Mittwoch, 16. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1878.

## Amtlicher Theil.

Der Justizminister hat die Auscultanten Joseph Senear und Adolph Pfeifferer zu Bezirksgerichtsadjuncten, den ersteren für Gottschee, den letzteren für Mödling ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Der Abbruch der Conventionsverhandlungen mit der Pforte.

Durch die beiden Circularien, welche die hohe Pforte an die europäischen Mächte gerichtet hat, und in welchen sie einerseits die Ablehnung der Convention mit den von den österreichisch-ungarischen Truppen angeblich begangenen Grausamkeiten motiviert, andererseits die Vermittlung der Kabinette in Anspruch nimmt, damit die Occupation nicht auch auf das Sandschak von Novibazar ausgedehnt werde, hat die Regierung des Sultans den schweren Fehlern und Mißgriffen, die sie seit dem Abchlusse des Berliner Friedens begangen, einen neuen Beitrag hinzugefügt. In der That ist die gesammte politische Welt einig darüber, daß die Pforte nicht leicht einen ungünstigeren Schritt unternehmen konnte, als den in Rede stehenden. Das Kabinett von St. James hat sofort das ungebührliche Verhalten mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, und die übrigen europäischen Regierungen werden voraussichtlich nicht zögern, diesem Beispiele zu folgen. Gezielt werden die Verleumdungen aber, welche gegen die Disciplin unserer Truppen erhoben wurden, werden wir uns jedenfalls selbst zu schützen wissen. Es wird der Pforte klar gemacht werden müssen, daß sie sich nicht verpflichten darf, von einem Systeme frivoler und willkürlicher Verdächtigungen irgend welche politische oder moralische Erfolge zu erwarten.

Damit ist aber die Angelegenheit jedenfalls sachlich abgethan. Glaubt die Pforte eine Convention abzuschließen zu können, die wesentlich in ihrem Interesse gelegen hätte, so mag sie sich dies mit sich selbst zusagen. Dann besteht aber das vorbehaltlose Mandat des Berliner Kongresses und es bildet die unverrückbare Rechtsbasis für das Vorgehen Oesterreichs. Das Wiener Kabinett hat allerdings den Abschluß der Convention gewünscht, und Graf Andrassy hat den Gedanken einer Verständigung mit der Pforte selbst noch aufrecht erhalten, als die öffentliche Meinung in beiden Reichshälften angesichts der blutigen Vorgänge in Bosnien und der zweideutigen Haltung der Organe der Pforte jede Verhandlung mit Konstantinopel zurückwies. Aber es waren sicherlich nicht egoistische Beweggründe, welche dabei den Ausschlag gaben. Die politischen Ideen, welche die Haltung des Grafen Andrassy auf dem Berliner Kongresse bestimmt hatten, der Entschluß, für die Pforte zu retten, was lebensfähig zu gestalten, war in der Conventionsfrage so maßgebend, als in den großen politischen Fragen. Graf Andrassy war gewillt, seine Vertragstreue selbst über den Buchstaben des Vertrages hinaus zu bekräftigen. Wäre die Pforte mit annehmbaren, mit Vorschlägen herantretend, welche nicht die sichere Tendenz des Vertrages illusorisch zu machen, so hätte Oesterreich-Ungarn nicht geögert, ihren Wünschen jede billige Rücksicht entgegenzubringen. Unter den gegenwärtigen Umständen kann es sich ohne Rücksicht auf anderweitige Rücksichten einfach nur auf den Rechtsstandpunkt zurückziehen. Der Rechtsstandpunkt ist, daß die Convention von facultativer Natur ist, und daß ihr Abschluß oder Nichtabschluß den Feststellungen des Berliner Vertrages in keiner Weise zu präjudicieren vermag. Das ist die Auffassung Oesterreich-Ungarns, es ist zugleich die aller europäischen Mächte.

Durch die Weigerung der Pforte, die Verhandlungen fortzusetzen, hat daher Oesterreich-Ungarn nur eine Freiheit der Action wieder erhalten, die es sich auch auf anderem Wege hätte sichern können. Allein diese Freiheit ist diese Freiheit innerhalb des Rahmens des Berliner Vertrages eine volle und unbedingte. Über nichts ist gewisser, als daß das Wiener Kabinett diese Freiheit nicht zu mißbrauchen gedenkt. Es wird auch ohne vertragsmäßige Nöthigung an allen den Zugeständnissen festhalten, welche es der Pforte in

der Convention einzuräumen gedachte. Den Vorbehalten bezüglich der Souveränität des Sultans, bezüglich des Schutzes und der religiösen und politischen Gleichberechtigung des islamitischen Elementes wird ihr Recht ungehämtert gewahrt bleiben. Allein wenn der Sultan Bedenken trug, in seiner Eigenschaft als Chalif über Länder zu pactieren, über welche er nach der religiösen Auffassung des Islam nur pactieren dürfte, wenn sie durch das Schwert verloren gegangen waren, so war damit Oesterreich-Ungarn allerdings auf das Fait accompli angewiesen. Die vollbrachte Thatfache allein ist es, die heute noch in Konstantinopel imponiert und mit der man sich schließlich abzufinden bereit ist. So lange man mit Rücksicht auf gewisse Strömungen der öffentlichen Meinung, insbesondere in Ungarn, hoffen konnte, der Nichtabschluß der Convention werde die Occupation selbst vereiteln, so lange war der Widerstand der Pforte ein, aus den dortigen Verhältnissen heraus beurtheilt, durchaus erklärlicher. Jetzt hat man sich vielleicht mit der Hoffnung geschmeichelt, es könne hier irgend eine Partei aus Ruder kommen, die das Geschehene rückgängig zu machen unternehmen werde. Die Politik der Pforte ist die Politik des Ertrinkenden, der nach dem Strohhalme greift. Nur das Unvermeidliche wird in Konstantinopel die Erkenntnis des Nothwendigen werden.

Was die Besetzung des Sandschaks von Novibazar anbelangt, so werden es sicher weder die Vorstellungen der Pforte an die Mächte, noch die Rücksicht auf die in jenem Sandschake stehenden türkischen Streitkräfte sein, welche Oesterreich-Ungarn an dem sofortigen Vollzuge der ihm durch den Berliner Vertrag eingeräumten Maßregeln hindern werden. Oesterreich-Ungarn — so schließt die Wiener „Mont.-Revue“, der wir den vorstehenden Artikel entnehmen — zieht in dieser Frage ausschließlich seine eigenen Interessen zu Rathe, und es liegt augenblicklich kein Bedürfnis zu einer Ausdehnung der Occupation über die bisherigen Grenzen derselben vor. Aber der Berliner Vertrag hat das Recht Oesterreich-Ungarns zur Garnisonierung des Sandschaks ohne jede Klausel festgestellt, und das Wiener Kabinett wird von diesem Rechte unzweifelhaft und ohne jedes Zögern Gebrauch machen, sobald ihm die Ausübung desselben durch die Lage der Dinge geboten oder vorthellhaft erscheint. Daran werden die Pforten-Circulars so wenig etwas ändern, als der gegenwärtige Abbruch der Conventionsverhandlungen.

### Von der k. k. Occupationsarmee.

Wie die „N. fr. Pr.“ erfährt, ist die theilweise Demobilisierung der Occupationsarmee bereits beschlossene Sache. Das genannte Blatt theilt hierüber folgende Details mit:

Am 13. d. M. wurde der Kriegsminister von Sr. Majestät dem Kaiser in längerer Audienz empfangen. Unmittelbar darauf wurden sämtliche Sectionschefs und Abtheilungsvorstände des Kriegsministeriums zu einer Sitzung zusammenberufen, in welcher die bezüglich der Demobilisierung und Standesherabsetzung allsogleich zu erlassenden Befehle festgestellt worden sind. Der Inhalt der hienach erlassenen Anordnungen ist der folgende:

„Sämmtliche Corpsskommando-Quartiere mit allen ihren Anstalten werden über die Save zurückgeschickt und mit 20. Oktober demobilisiert. Die Corpsskommandanten FML. Baron Ramberg, Graf Szapary und Baron Wierth werden auf entsprechende Friedensposten versetzt, während der FML. Herzog von Württemberg als Stellvertreter des Armeekommandanten in Serajewo verbleibt. Die 6., 14., 21. und 33. Infanterie-Truppendivision treten den Rückmarsch an und werden vom 1. November an vollständig demobilisiert; ebenso wird eine Brigade der 20. Infanterie-Truppendivision nach Slavonien dislociert, wo dieselbe auf den Friedensstand herabgesetzt wird, während die andere Brigade dieser Division die Etappenstationen im Bosnathale besetzt halten wird. Sämmtliche Stadttruppen der Infanterie und die Reserve-Escadronen der Kavallerie werden aufgelöst. Die schweren Batterien des 3., 5. und 13. Armeecorps werden sofort, jene des 4. Armeecorps gegen Ende Oktober in ihre Friedensstationen einrücken und unverzüglich demobilisiert werden.“

„Bei allen in Bosnien und der Herzegowina verbleibenden Infanterie- und Jägerbataillonen werden

diejenigen Soldaten, welche nach dem Wehrgeetze auf Entlassung Anspruch haben, dann die ältesten Jahrgänge der Reservisten sofort entlassen; ebenso findet eine entsprechende Reduktion im Stande der Reserve-Offiziere statt. In Bosnien und der Herzegowina verbleiben nur zwei Uhlanenregimenter; alle anderen Kavallerie-Abtheilungen werden zurückgezogen und auf den Friedensstand versetzt. Nachdem die Entlassung der assentierten Ersatzreserve bereits telegrafisch angeordnet wurde, werden noch die übrigen Ergänzungskörper theils ganz aufgelöst, theils im Stande bedeutend herabgesetzt. Bei den Fuhrwesenabtheilungen, den Sanitätsanstalten und den Spezialwaffen tritt eine entsprechende Standesregulierung ein, um die älteren Jahrgänge der Reservisten successive und möglichst bald entlassen zu können. — Zur Durchführung aller dieser Maßregeln werden die entsprechenden telegrafischen und schriftlichen Weisungen sofort erlassen.“

### Aus Serajewo.

Durch die erfolgte widerstandslose Besetzung von Gorazda, Cajnica und Bišegrad ist die vorläufige Occupation Bosniens beendet. Die Operationen gegen Novibazar sollen dem Vernehmen nach in diesem Jahre nicht mehr aufgenommen werden. — In Serajewo concentrirt sich gegenwärtig das Hauptinteresse noch immer auf den daselbst in schwer verwundetem Zustande befindlichen Insurgentenführer Hadjschi Loja. Ein Berichterstatter der „Deutschen Ztg.“, der ihn kürzlich aufsuchte, weiß über ihn nachstehendes zu erzählen:

„Hadjschi Loja wurde auf einer Tragbahre nach Serajewo gebracht, wo ihm der Fuß amputirt werden sollte. Hierzu gab derselbe aber nicht seine Zustimmung, doch brachte man ihn in das Spital. Ich hatte Gelegenheit, den Agitator zu sehen und zu sprechen. Er lag auf einem Bette und schien große Schmerzen zu leiden, ohne daß übrigens ein Laut der Klage über seine Lippen gekommen wäre. Sein Gesicht ist nicht ungesund, jetzt stark eingesunken und bleich, von einem langen schwarzen Barte umrahmt. Die Adlernase und die großen schwarzen Augen, welche jetzt tief in den Höhlen liegen, verleihen ihm einen sehr energischen Ausdruck und lassen auf viel natürlichen Verstand schließen. Auf dem Kopfe trug er anstatt des Turbans eine spitze weiße Filzkappe, mit einem grünen Tuch umwickelt. Man nennt diese Kopfbedeckung schon seit längerer Zeit in Serajewo „Kobé à la Hadjschi Loja“. Uebrigens ist dieselbe nicht mit dem Filzhut der Derwische identisch. Seine übrige Kleidung konnte ich nicht sehen, da er mit einem grün gefütterten Mantel zugedeckt war. Nach dem gewöhnlichen Gruß fragte ich Hadjschi Loja, wie er sich befinde. „O, gut, Herr!“ lautete die Antwort. „Ich habe nie geglaubt, daß die Schwabas so gute Leute seien. Eure Asket (Soldaten) haben mich nie beschimpft, mich getragen und für mich gesorgt, als ob ich einer der Eurigen wäre.“ — „Wie geht es mit deiner Verwundung?“ — „O, sehr schlecht, Herr, aber Allah wird helfen. Weißt du vielleicht, wie es meinem Vater geht?“ — Nun konnte ich dem Kranken unmöglich sagen, daß sein Vater am Tage der Eroberung Serajewo's gefallen sei; ich antwortete daher nur verneinend. Nicht genug lobend konnte sich Hadjschi Loja darüber aussprechen, daß man sein Weib und sein Kind unbehelligt in Serajewo gelassen; er hatte deren Niedermezelung sicher erwartet. Sein erster Wunsch war nach der Einbringung: Weintrauben, die ihm auch gebracht wurden. Ich verabchiedete mich bald von ihm, da ich sah, wie ihm das Sprechen Schmerz bereitete.“

„Jedenfalls sieht derselbe in keiner Beziehung einem Räuber ähnlich, und möchte ich schon jetzt das Publikum vor den Porträts warnen, die vielleicht von ihm erscheinen dürften. Allem Anscheine nach überlebt er seine Verwundung nicht, sonst soll die Absicht bestehen, ihn nicht hier zum Tode zu verurtheilen, sondern ihn nach Wien zu transportieren. Die österreichischen Unterthanen, welche früher hier ansässig waren, beklagen sich übrigens nicht über ihn, sondern behaupten, daß er bei all' seinen Exzessen doch ihr Leben schützte. Wäre Hadjschi Loja nicht gewesen, so hätte der Pöbel sowohl das österreichische Konsulat als auch die fremden Einwohner durchwegs massakriert. Als er ihnen zur Auswanderung rief, begleitete er die Karawane aus der Stadt bis zur steinernen Bosnabrücke, damit ihnen nichts auf dem Wege geschehe.“ — Hadjschi



Loja wurde durch Verrath gefangen, d. h. diejenigen Bosniaken, welche ihn bei sich aufnahmen, stahlen ihm seine ganzen Habseligkeiten und verriethen ihn noch obendrein für 1000 Dukaten an unsere Truppen."

## Tagesneuigkeiten.

— (Ein Unfall des Grafen Fünfkirchen.) In Bozen bildet, wie die „Montags-Revue“ erzählt, ein Unfall, den Graf Fünfkirchen erlitten hat, den Gegenstand des Tagesgesprächs. Graf Fünfkirchen, ein passionierter Sportsman, machte einen Ausflug nach Blumau, um von da über Edhardt in die wildromantische Schlucht der Eisack zu gelangen. Der Wagen enthielt außer dem Grafen und seiner Frau eine befreundete Dame, welche zur Partie eingeladen war, die Erzieherin und das Kind, also fünf Personen nebst dem Kutscher, welcher bei einer sehr starken Steigung auf unglaublich schmalen Wegen sitzen blieb, anstatt abzufahren. Die Pferde konnten nicht mehr weiter, denn der Weg ist ein Gehweg und selbst für Einspänner bedenklich. Mitten auf demselben rollte der Wagen erst nach rückwärts, dann ein wenig seitwärts, um endlich sammt den Insassen den Abhang hinabzustürzen auf einen riesigen, zimmergroßen Felsblock, und von da in den Fluß zu rollen. Der Graf flog auf die Felsen hinaus, die Gouvernante und die Dame sprangen heraus und blieben ohnmächtig, die Gräfin und das Kind aber lagen im Wasser; glücklicherweise war es an der Stelle nicht tief und man konnte sie beide lebend herausziehen. Die Gouvernante rutschte, nachdem sie das Bewußtsein wieder erlangt hatte, mit Lebensgefahr den Felsen hinab, zog das Kind und die Gräfin heraus und gab der letzteren ihre eigenen trockenen Kleider, und die andere Dame rannte ins Dorf um Hilfe. Es kamen Gendarmen und Leute, der Bozener Doktor verband die Verwundungen. Der Kutscher dürfte schwerlich aufkommen, denn er hat den Fuß gebrochen und sieben Löcher im Kopfe. Der Graf aber, zertrümmert und blutig, rannte durch das Dorf, durch Bozen und Gries um Hilfe. Die Pferde sammt Wagen mußten bis zum nächsten Morgen unten bleiben: man brachte sie an eine trockene Stelle, und des andern Tages wurde eine Brücke hinangebaut, auf der sie heraufgezogen wurden. Der Wagen und die Pferde sind merkwürdigerweise bloß leicht beschädigt.

— (Der heilige Rittmeister.) Aus Brigen wird dem „Tiroler Volksbl.“ vom 8. d. berichtet: „Heute starb hier der k. k. pensionierte Rittmeister Alexander Blasovics. Derselbe hielt sich in Brigen schon seit einer Reihe von Jahren auf und erbaute die Bevölkerung durch einen heiligmäßigen Lebenswandel. Er beobachtete das ganze Jahr hindurch die strengsten Fasten, so daß er zu seinem Lebensunterhalte eine erstaunlich geringe Summe benötigte. Was ihm von seiner Pension übrigblieb, theilte er als Almosen aus. Um Mitternacht erhob er sich vom Lager und betete bis 4 Uhr früh, wo er sich in die Kapuzinerkirche begab. Dort blieb er bis 7 Uhr vormittags. Das Volk nannte ihn den heiligen Rittmeister. Zu seiner Leiche strömte am 8. und 9. d. eine große Volksmenge; allgemein wurde bemerkt, daß der Tod ihn gar nicht entsetzt habe, ja daß im Gegentheil aus dem Antlitze des Verstorbenen gleichsam der Widerchein der Besserung strahle, in welche seine Seele schon eingegangen. Blasovics diente längere Jahre in Italien und war bis zum Jahre 1866 sehr lebenslustig. In diesem Jahre wurde er durch eine Predigt bekehrt, der er gleichsam wider Willen beizuhören. Seine Besserung war so gründlich, daß er von da an das Leben eines heiligen Büßers führte, das er am 8. Oktober mit einem heiligen Tode schloß.“

— (Elektrische Beleuchtung statt des Gaslichtes.) Newyorker Blätter berichten über eine neue Erfindung, die Edison, der Erfinder des Phonographen, gemacht haben soll. Es soll ihm gelungen sein, ein Mittel zu finden, wodurch die elektrische Beleuchtung vollständig an die Stelle der Gasbeleuchtung gesetzt werden kann. Alle die Männer der Wissenschaft, die sich mit diesem Problem beschäftigt haben, konnten nichts anderes erzielen, als große Plätze, Säle, Etablissements mit elektrischem Lichte zu beleuchten, höchstens daß sie noch im Stande waren, durch eine Maschine zehn elektrische Flammen zu erzeugen. Edison aber soll es nach einem Studium von wenigen Tagen gelungen sein, das Problem in so glücklicher Weise zu lösen, daß er mit einer Maschine 100, 1000, 10,000 Flammen und darüber erzeugen kann, die ganz so wie jetzt die Gasflammen vertheilt werden können, ja die nicht einmal des Bänndelholzes zum Anzünden bedürfen. Die Erfahrung mit seinem Telephon habe ihn aber vorsichtig gemacht, er wolle deshalb nicht früher in die Öffentlichkeit treten, so lange er nicht des Schutzes seiner Erfindung versichert ist. Ein Besuch bei Wallace, dem hervorragenden Fabrikanten dynamo-elektrischer Instrumente, habe ihn zur Idee geführt, deren Ausführung binnen wenigen Tagen gelungen war. In wenig Wochen werde er zur Publication schreiten, und wenn das Publikum die Billigkeit und den Glanz seiner Beleuchtungsart werde kennen gelernt haben, werde die Kohlenwasserstoffgas-Beleuchtung wol außer Betrieb gesetzt werden. Die jetzigen Brenner und Luster will er beibehalten. Der Druck auf einen Knopf werde genügen, um das

elektrische Licht zu entzünden. Dasselbe Licht kann aber auch in Kraft und Wärme umgewandelt werden. Wenn man die Elektrizität nicht zur Beleuchtung verwenden will, kann man mit ihr einen Ofen heizen, Speisen kochen, eine Nähmaschine oder ein anderes Instrument in Bewegung setzen — und das alles zu äußerst geringem Preise, indem die Lichtkraft von 1000 Kubikfuß Kohlenwasserstoffgas, die jetzt etwa drei Dollars kostet, von nun an nur 12 bis 15 Cents kosten würde! So weit die amerikanischen Blätter. Wir wollen doch erst die praktischen Prüfungen dieser neuen Erfindung abwarten!

## Lokales.

### Krainischer Landtag.

11. Sitzung.

Laibach, 12. Oktober.

(Fortsetzung.)

Referent Abg. Dr. Ritter v. Besteneck fährt fort im Motivenberichte zum neuen Volksschulgesetz-Entwurfe:

Die Fixierung der Zwangsmaßregeln gegen renitente Ortschulräthe, wie solche auch längst bereits in allen Nachbarprovinzen als nothwendig erkannt worden waren, speziell die Beauftragung des Institutes der Schuladministratoren, erschien dem Schulausschusse auch für Krain geboten, und es beschränkte sich derselbe auf Bestimmungen, die einerseits anderwärts bereits in Geltung sind und die andererseits in Uebereinstimmung stehen mit den Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung, welche von dem Vorgehen gegen pflichtvergeßene Gemeindevorstände oder Ausschüsse handeln.

Besonders verdient auch die Vereinigung des Ortschulrathes Laibach und des Bezirkschulrathes Laibach in einen Stadtschulrath Laibach hervorgehoben zu werden. Der Wirkungskreis dieser beiden Räthe wurde der Geschäftsvereinfachung und Beschleunigung halber in den Wirkungskreis des Stadtschulrathes zusammengezogen, wobei jedoch dem Gemeinderathe das bisherige Recht der Präliminierung der Schulerfordernisse und Prüfung der bezüglichen Rechnungen gewahrt blieb. Der Schulausschuß entschloß sich um so leichter zu dem Vorschlage der Bildung eines Stadtschulrathes, als diese Zusammenlegung des Orts- und Bezirkschulrathes Laibach von der Gemeinde selbst bereits längst angestrebt worden war, andererseits sich auch das Institut der Stadtschulräthe in anderen Provinzen bereits bewährt hat.

Der Landesschulrath soll nach dem Vorschlage des Schulausschusses in der Art ergänzt werden, daß in denselben ein Vertreter der Gemeindevertretung der Landeshauptstadt Laibach einzutreten berufen wäre; diese nach dem Reichsvolksschulgesetze zulässige, durch die Landesgesetzgebungen den Gemeindevertretungen anderer Landeshauptstädte in Berücksichtigung der großen Lehrerzahl in den letzteren und des Umstandes, daß in den Landeshauptstädten der größte Theil der Intelligenz der Länder vereint ist, bereits ursprünglich gewährte Bevorzugung vor anderen Gemeinden müßte der Stadtgemeinde Laibach umsomehr gewährt werden, als dieselbe auf das bisherige Recht der Lehrerernennung nach dem zweiten Abschnitte des vorliegenden Gesetzesantrages wird verzichten müssen.

Weiters würde nach dem Wortlaute des neuen § 20 das bisherige Vorschlagsrecht des Landesausschusses bezüglich der beiden Mitglieder des Lehrstandes zu entfallen haben, nachdem die Landesinteressen im Landesschulrath zu vertreten ohnedies die beiden Vertreter des Landesausschusses berufen sind und kein Erklärungsgrund auffindbar ist, wie der Landesausschuß in der Lage sein soll, die für ein so wichtiges Ehrenamt qualifizirtesten Lehrkräfte, mit welchen derselbe sonst in gar keiner Verbindung steht, auszuwählen.

Zu der wichtigsten der vorgeschlagenen Aenderungen, nämlich der die Lehrerernennungen betreffenden, fand sich der Schulausschuß aus vielfachen wichtigen Rücksichten veranlaßt; insbesondere war derselbe der Ansicht, daß der Landesschulrath in der Lage sein wird, bei jeder einzelnen Ernennung die Qualifikation der Competenten richtiger und objektiver zu beurtheilen, als die allen möglichen Einflüssen unterliegenden Ortschulräthe; berücksichtigungswürdig schien dem Schulausschusse auch der Wunsch der Lehrerschaft des Landes, welcher in der mit diesem Berichte seine Erledigung findenden Petition der Landes-Lehrerkonferenz entschiedenen Ausdruck fand. Die bisherige Mitpräsentation des Landesausschusses war von zweifelhaftem Werthe, da der Landesschulrath bei divergirenden Präsentationen an die Präsentation des Landesausschusses gerade nicht gebunden war, der Landesausschuß überdies künftighin bei der Lehrerernennung durch seine beiden Vertreter im Landesschulrath seine Ansicht in die Wagschale zu werfen in der Lage sein wird. Ein gewichtiger Grund für die Annahme der neuen Bestimmungen über die Lehrerernennungen wolle auch die Rücksicht sein, daß bei den bisherigen gesetzlichen Normen die strafweise Uebersetzung eines Lehrers durch die Weigerung eines Ortschulrathes ganz illusorisch gemacht werden konnte!

Durch die vorgeschlagene Classificierung der Lehrstellen soll einerseits ein System bei Fixierung der Lehrergehälter eingeführt, der zu häufig vorkommenden Erhöhung der Lehrergehälter vorgebeugt und eine gerechtere Vertheilung der Lehrergehälter angestrebt werden. Die Festsetzung der Prozentätze erfolgte beiläufig nach dem jetzigen factischen Stande, und es würde bei Durchführung der Classificierung derzeit ein Betrag von circa 2900 fl. erspart werden, wenn nicht vorläufig eine Anzahl von Personalzulagen zu zahlen sein würde.

Die Funktionszulage der Leiter dreiklassiger Volksschulen soll von 100 fl. auf 75 fl. erniedrigt werden; es schien nämlich dem Schulausschusse der Unterschied zwischen den Mithen der Leitung einer zwei- und dreiklassigen Schule kein so großer zu sein, daß er eine Verdoppelung der Funktionszulage von 50 auf 100 fl. rechtfertigen würde. Für die Erhaltung von Funktionszulagen an die Leiter der circa 200 einklassigen Volksschulen, wie selbe der Petition des slovenischen Lehrervereines erbeten wird, konnte sich der Schulausschuß mit Rücksicht auf die gebotene Sparsamkeit mit dem Normalschulfonds nicht entschließen. Um jedoch auch diesen Schulleitern nach Möglichkeit eine Entschädigung, vorzüglich für die Besorgung der Schreibgeschäfte, zukommen zu lassen, sei denselben eine Remuneration zu gewähren.

Unter dem Vorbehalte der weiteren mündlichen Begründung, wenn eine solche gewünscht werden sollte, erlaubt sich somit der Schulausschuß zu beantragen, der hohe Landtag wolle beschließen:

1.) Dem Gesetzesentwurfe, betreffend die Aenderung mehrerer Bestimmungen des Schulaufsichtsgesetzes vom 25. Februar 1870, L. G. Bl. Nr. 11, und der beiden Landesgesetze vom 29. April 1873, L. G. Bl. Nr. 21 und 22, wird die Zustimmung ertheilt;

2.) der Landesausschuß wird beauftragt, im verfassungsmäßigen Wege die allerhöchste Sanction dieses Gesetzes zu erwirken;

3.) der Landesausschuß wird beauftragt, den Zeitpunkt wahrzunehmen, in welchem es die durch obigen Gesetzesentwurf zu erzielenden Ersparnisse an Lehrergehältern zulassen werden, den Leitern der einklassigen Volksschule für die Besorgung der mit der Leitung verbundenen Schreibgeschäfte eine Remuneration zu gewähren, und sodann dem Landtage hierüber Bericht zu erstatten;

4.) mit den Beschlüssen sub 1 bis 3 finden auch die Petitionen der Landes-Lehrerkonferenz und des slovenischen Lehrervereines ihre Erledigung.

Abg. Dr. Jarnik wünscht die Berlesung der Petition der Landes-Lehrerkonferenz.

Referent Dr. Ritter v. Besteneck verliest dieselbe. Die Petition gibt hervorragend den Wunsch der krainischen Lehrerschaft nach Uebertragung des Lehrer-Ernenntungsrechtes von den Ortschulräthen an den k. k. Landesschulrath und nach der Auflösung der verstärkten Ortschulräthe Ausdruck. Gezeichnet ist die Petition vom Vorsitzenden der Landes-Lehrerkonferenz dem k. k. Landes-Volksschulinspektor R. Birker.

Der Landeshauptmann eröffnet die Generaldebatte.

Zu Beginn derselben ergreift der k. k. Landespräsident Ritter v. Mallina das Wort; er anerkennt, daß die seit der Wirksamkeit der neuen Schulgesetze gemachten Erfahrungen eine Aenderung derselben, an mehreren Punkten als wünschenswerth darstellen, müsse nur bezüglich der Art der Behandlung dieser Gesetzesentwürfe einem Bedenken Ausdruck geben.

Wenn drei verschiedene Gesetze durch eine umfangreiche, 45 Paragraphen enthaltende Novelle geändert werden sollen, so empfehle es sich nicht, das Zustandekommen des Gesetzesentwurfes so sehr zu über-eilen, daß nicht einmal den hiezu berufenen Behörden, dem Landesausschusse und dem Landesschulrath, Gelegenheit geboten wird, darüber ihr Gutachten abzugeben.

Bezüglich des Landesausschusses könne allerdings eingewendet werden, daß dessen Mitglieder ohnedies auch in dem Landtage sitzen, — nicht so leicht aber ließe sich das Bedenken bezüglich des Landesschulrathes widerlegen, denn wenn auch der den Beratungen des Schulausschusses beigezogene Regierungskommissär ein Mitglied dieser Landesbehörde ist, so können doch von ihm vorgebrachten Anschauungen doch nicht das Urtheil der ganzen Gremialbehörde ersetzen, welche von dem beantragten Gesetzesentwurfe gar keine Kenntnis erhalten hat.

In den letzten Jahren habe man vielfach die Wahrnehmung zu machen Gelegenheit gehabt, daß viele — in einiger Eile zustande gekommene Gesetze in Bezug auf Codification und harmonisch einwirkend, Guß manches zu wünschen übrig lassen — in der praktischen Handhabung zu mancherlei Zweifeln Anlaß bieten.

Bei aller Gründlichkeit und Umsicht, mit welcher der Schulausschuß bei der Verathung dieses Gesetzes gewiß vorgegangen sein wird, dürfte die Erfahrung sein, daß ähnliche Erfahrungen an diesem Gesetze nicht zu befürchten seien, gewiß eine größere sein, wenn das



selbe auch von der zur praktischen Handhabung dieses Gesetzes berufenen Landesschulbehörde reiflich hätte erwogen und begutachtet werden können.

Hierzu kommt noch, daß Sec. I. und I. Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 21. Juli 1876 anlässlich der Genehmigung der vom Landtage für das Jahr 1877 beschlossenen Normalerschulfonds-Landesumlage von 18 Prozent anzuordnen geruht haben, daß dahin zu wirken ist, damit diese, das Land schwer drückende Umlage in den kommenden Jahren herabgemindert werde. Dies setzt nun namentlich bei § 39 dieses Gesetzes reifliche Erwägungen und Berechnungen voraus, welche die gutachtliche Äußerung der Landesschulbehörde nicht leicht entbehrlieh erscheinen lassen.

Wenn auch der einleitende Bericht des Schulausschusses zeigt, daß auch er sich mit diesen Berechnungen befaßt habe und im Laufe der Zeit ein Erkenntnis von 2900 fl. jährlich in Aussicht stellt, — so mußte doch die Prüfung der Richtigkeit dieser Berechnungen der competenten Landesschulbehörde vindicirt werden.

Unter diesen Umständen glaubt der I. k. Landespräsident, dem hohen Hause die reifliche Erwägung der Frage empfehlen zu müssen, ob es nicht nothwendig wäre, den Gesetzentwurf mit dem Auftrage an den Landesausschuß zu weisen, darüber die gutachtliche Äußerung des I. k. Landesschulrathes einzuholen und dem Landtage sodann in der nächsten Session die entsprechende Vorlage zu machen.

Gegen den Gesetzentwurf spricht Abg. Svetec; Redner meint, die Zeit sei nicht genügend, ein so wichtiges Gesetz reiflich durchzustudieren. Das Hauptgewicht des ganzen Gesetzes liege darin, die Schule vollständig in die Hände des Staates zu überliefern, dagegen die Kosten für die Erhaltung derselben dem Lande zu erhalten, überhaupt dem Lande den letzten Rest der Autonomie auf dem Gebiete des Schulwesens zu nehmen. Der Landes- und Bezirkschulrath werde in einer Weise zusammengesetzt sein, welche der Regierung stets die Majorität sichere, während dem Schulrath alle Rechte genommen und nur die Kosten für die Schule belassen werden. Wenn man dies überblickt, dann müsse man wol sagen, daß der Bestand der Volksschule vor den jetzigen Volksschulrath ein viel entsprechenderer war, als sich noch die kaiserliche Regierung mit dem fürstbischöflichen Ordinariate in die Leitung und Verwaltung der Schule theilten. Redner hat nichts dagegen, wenn die Regierung die Leitung des Schulwesens in die Hand nimmt, wozu braucht man jedoch dann den ganzen schwerfälligen Apparat der Bezirks- und Ortsschulräthe? Das Land habe für die Errichtung und Erhaltung der Schulen zu sorgen, daher erscheine der vorliegende Gesetzentwurf für den Säckel desselben denn doch sehr gefährlich. Der Bezirkshauptmann werde im Bezirksschulrath einfach den Bau einer Schule beschließen lassen — ob mit oder ohne Bewilligung des Schulrathes? Auch sei es durchaus nicht so eilig, dieses Gesetz zu beschließen und hiemit den letzten Rest der Autonomie im Schulwesen los zu werfen. Wer verlange denn die Abänderung der Volksschulgesetze?

Die maßgebendsten Factoren, denen das wichtigste Recht, das sie besitzen, weggenommen werden solle, nämlich die Ortsschulräthe, verlangen es sicherlich nicht, sondern lediglich eine Petition der Landes-Lehrerconferenz, welche jedoch nicht als der Ausdruck der Majorität der krainischen Lehrer angesehen werden könne. Das Volk habe sich mit Mühe an die neuen Schulgesetze gewöhnt, weil es sah, daß es bei den zahllosen Pflichten auch wenigstens einige Rechte auf die Schule besitze, nun aber wolle man ihm seine Rechte wegnehmen und ihm nur die Lasten belassen; man dürfe sich daher nicht wundern, wenn beim Volke Apathie gegen die Schule eintrete, ja leider vielleicht noch mehr, wenn dasselbe der Schule feindlich gesinnt werde. Redner schließt sich daher der Anschauung an, welche der hochverehrte Vertreter der I. k. Regierung benützte, daß nämlich das Gesetz, da es mangelhafter, zudem auch die zur Berathung zugehörigen Pflichten der Landesausschüsse, der Stadtgemeinde Laibach, sowie der übrigen wichtigeren Schulgemeinden des Landes einzuholen. Das Streben jeder Corporation gehe dahin, ihre Rechte auszudehnen, nicht dieselben zu schmälern. Man möge also nicht selbst die Rechte des Landes verkürzen, sondern sie ihm erhalten. Es werde eine Zeit kommen, in der die Gegensätze zwischen beiden Parteien aufgehört haben werden und wo beide gemeinschaftlich die autonomen Rechte des Landes genießen werden. Redner empfiehlt, Abg. Lajchan spricht ebenfalls gegen das Gesetz, obwohl er dasselbe im großen und ganzen als einen Fortschritt und eine Verbesserung des jetzigen Gesetzes bezeichnet. Seine Opposition gegen das Gesetz habe darin seine Ursache, daß man der Stadtgemeinde Laibach das Lehrerernennungsrecht entziehen wolle.

Man überschreie das Ziel, wenn man den Ortsschulrath eines Dorfes mit jenem der Landeshauptstadt auf gleiche Stufe stelle. Die Stadtgemeinde könne nicht ein ihr in den Schulgesetzen zugestandenes Recht aufgeben, da sich Laibach in einem ganz anderen Verhältnisse befinde, als die Gemeinden auf dem flachen Lande. Die Landeshauptstadt verwende für ihre Schulen den bedeutendsten Aufwand, sie bezahle ihre 17 Lehrer und 3 Religionslehrer aus eigenen Mitteln, weiters auch einen bedeutenden Betrag an den Convent der Ursulinerinnen. Redner stellt daher den Antrag, den Gesetzentwurf nochmals an den Schulausschuß zu leiten, damit dieser die Bestimmung in denselben aufnehme, wodurch der Stadt Laibach das Ernennungsrecht der Lehrer gewahrt bleibe. Zu diesem Antrage — erklärt Redner — zwingt ihn noch die weitere Besorgnis, daß, wenn der I. k. Landesschulrath das Ernennungsrecht der Lehrer besitze, größtentheils die schon eine zehn- bis zwanzigjährige Dienstzeit hinter sich habenden Lehrer vom Lande streben werden, in die Stadt zu kommen, also mehr jene Kategorie der Lehrerschaft, welche dem Friedensstande angehört, denen daher die jugendliche Kraft und Ausdauer nicht in dem Maße mehr eigen sein dürfte, wie dies bei Lehrern von 20 bis 30 Jahren der Fall sei. Redner befürwortet aus diesen Gründen die Annahme seines Antrages.

(Fortsetzung folgt.)

— (Schluß der Landtagsession.) Heute findet die 14. und zugleich letzte Sitzung der diesjährigen Session des krainischen Landtages statt; dieselbe beginnt um halb 10 Uhr vormittags. Auf der sehr reichhaltigen Tagesordnung befinden sich: die Wahl des Landesausschusses, der Bericht des Verificationsausschusses über die Wahl des Abgeordneten Karl Savnik im Städtebezirk Krainburg-Ad, der Bericht des vereinigten Finanz- und volkswirtschaftlichen Ausschusses wegen der beantragten Landesumlage vom Bier- und Branntweinverschleiß in Krain für das Jahr 1879, mehrere Berichte des Rechenschaftsberichts-Ausschusses und die Erledigung einer Reihe von Petitionen.

— (Aus dem Landtage.) Zu Beginn der gestrigen — dreizehnten — Sitzung des krainischen Landtages beantwortete der Herr Landespräsident Ritter von Kallina die Interpellation des Abg. Grafen Thurn bezüglich des Institutes der Steuerexcutoren, weiters jene des Abg. Potočnik bezüglich der Amtsenthebung des Postmeisters Jožich, endlich jene des Abg. Navratil bezüglich des Resultates der anhängigen Untersuchung wegen angeblichen Stimmenkaufes bei der Landtagswahl in den unterkrainischen Städten und Märkten. Hierauf wurde das Volksschulgesetz in dritter Lesung erledigt. — Ueber den Bericht des Finanzausschusses betreffs der vom Landesausschuß dem Landtage empfohlenen Bauherstellungen im Polana-Krankspitale entspann sich eine längere Debatte. Der Referent des Finanzausschusses, Abg. Freiherr von Apfaltrern, beantragte, die Bauherstellungen nicht vorzunehmen und die Realität bei sich ergebender günstiger Gelegenheit zu verkaufen. Freiherr von Apfaltrern stellte weiters den Antrag, daß der Landtag dagegen Verwahrung einlege, daß der Landesfond bei einer etwa nothwendigen Erweiterung der Landeswohlthätigkeitsanstalten in Anspruch genommen werde. Gegen die Anträge des Finanzausschusses sprechen der I. k. Landespräsident Ritter von Kallina und die Abgg. Dr. Bleiweis und Dr. Bošnjak; für dieselben Abg. Freiherr von Apfaltrern. Abg. Dr. Bleiweis beantragte, für Bauadaptierungen im Polana-Krankspitale 4519 fl. vorläufig für die dringendsten Bedürfnisse zu bewilligen und den Landesausschuß zu beauftragen, in der nächsten Session ein Projekt über Adaptierungen des Krankspitales vorzulegen. Abg. Dr. v. Schrey beantragte, damit der Finanzausschuß über diese Anträge schlüssig werde, die Sitzung zu unterbrechen. Die Sitzung wurde hierauf 10 Minuten vor 12 Uhr unterbrochen. Die Berathung des Finanzausschusses dauerte bis halb zwei Uhr, worauf die Sitzung wieder eröffnet wurde. Der Antrag des Abg. Dr. Bleiweis wurde abgelehnt und nur der Betrag von 1000 fl. für die dringendsten Reparaturen bewilligt. Ebenso lehnte das Haus die Resolution des Abg. Freiherrn v. Apfaltrern bei namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 12 Stimmen ab. — Abg. Dr. Ritter von Besteneč referierte hierauf über das Präliminare des Landesfondes. Abg. Dr. Bošnjak bezeichnete die Finanzwirtschaft der gewesenen Landtagsmajorität als eine sehr ökonomische, da das Präliminare einen Ueberschuß von 32,602 fl. aufweise. Im gleichen Sinne äußerte sich der Abg. Dr. Polak. Die Abgeordneten Deschmann, Dr. v. Schrey und Referent Dr. Ritter von Besteneč bezeichneten jedoch dem gegenüber die Finanzlage als durchaus nicht so rosig, wie sie von den Vorednern geschildert wurde. Es wurde hierauf das Landespräliminare in seinen einzelnen Positionen berathen und auch in dritter Lesung genehmigt. — Abg. Freiherr von Apfaltrern begründete seinen Antrag: Der Landesausschuß möge beauftragt werden, die Instruction für die Steuerexcutoren zu prüfen und bei der h. Regierung dahin zu wirken, daß die für die Steuerträger härteren Bestimmungen aus der Instruction der Excutoren entfernt werden. Der I. k. Landespräsident Ritter von Kallina erklärte den Ausführungen des Abg.

Freiherrn von Apfaltrern gegenüber, daß der Regierung bei Einführung des Institutes der Steuerexcutoren jede Härte gegen die Steuerträger fern gelegen sei, und daß das Institut im Interesse der Steuerträger selbst liege, da die Festsetzung der von den Excutoren zu zahlenden Gebühr gegen den bisherigen Usus weit billiger und gerechter sei. Weiter wies der Herr Landespräsident nach, daß ein Mißbrauch gesetzlich ausgeschlossen sei, da der Steuerbetrag nicht in die Hände des Excutors, sondern im Amte selbst erlegt werden müsse. Ungerechtfertigt sei auch die Besorgnis, daß die Gemeindevorsteher, welche den Steuerexcutoren Assistenz leisten sollen, dazu verurtheilt wären, eine traurige Rolle zu spielen. Es wurde erst kürzlich im Hause geklagt, daß zum Inventar gehörige Gegenstände gepfändet und verkauft wurden, was, wenn der Gemeindevorstand anwesend gewesen wäre, sicherlich nicht geschehen sein würde. In den meisten Fällen könne der Gemeindevorstand auch als Schatzmann fungieren, wodurch dem Excuten die Kosten für den Schatzmann erspart bleiben. Das Institut der Steuerexcutoren werde übrigens nicht allein in Krain eingeführt, sondern sei für alle Provinzen angeordnet. — Der Antrag des Abg. Freiherrn von Apfaltrern wurde schließlich dem Landesausschuße zugewiesen und hierauf die Sitzung, die um neun Uhr früh begonnen hatte, um fünf Uhr nachmittags, somit nach achttündiger Dauer geschlossen.

— (Justiz-Ernennungen für Krain.) Die Auscultanten Josef Senčar und Adolf Pfeifferer wurden zu Bezirksgerichtsadjuncten, und zwar ersterer für Gottschee, letzterer für Möttling ernannt.

— (Zur theilweisen Demobilisierung der Occupationstruppen) weiß die „Presse“ nachstehendes mitzutheilen: Es werden fünf Divisionen, und zwar die 6., 14., 20., 31. und 33. Truppendivision, wie auch die kroatische und dalmatinische Landwehr demobilisiert, so daß in Bosnien und der Herzegowina sechs Divisionen, nämlich die 1. (Infanterieregiment 26, 37, 41 und 76 — 1. Jägerbataillon), die 4. (Infanterieregiment 8, 45, 49 und 54 — 4. und 25tes Jägerbataillon), die 7. (Infanterieregiment 16, 17, 22 und 46 — 8. Jägerbataillon), die 13. (Infanterieregiment 26, 60, 68, 32 — 33. Jägerbataillon), die 14. (Infanterieregiment 48, 58, 72, 79 — 12. Jägerbataillon), die 18. (Infanterieregiment 27, 32, 69, 72 — 7., 19. Jägerbataillon und 3. Kaiserjägerbataillon) und die 36. (Infanterieregiment 23, 29, 53, 78) Infanterie-Truppendivision, wie das 5. und 12. Uhlaneregiment verbleiben werden. Ein großer Theil der Feldartillerie, wie die Kavallerie (mit Ausnahme der genannten Uhlaneregimenter), wird ebenfalls demobilisiert, und außerdem tritt bei den Compagnien der in Bosnien und der Herzegowina verbleibenden Armee-Abtheilungen eine Standesreduction auf etwa 150 Mann per Compagnie ein. Es wird demnach eine, wenn auch nicht vollständige, so doch allseitige und ausgiebige Rückkehr der Reservisten stattfinden. Die Zahl der in die Heimat zurückkehrenden Soldaten wird auf 80,000 Mann beziffert, so daß eine tägliche Ersparung von mindestens 120,000 Gulden an Occupationskosten eintreten dürfte.

— (Tapferkeitsmedaillen für das Regiment Ruhn.) Einem summarischen Verzeichnisse der seit kurzem in Serajewo erscheinenden „Bosnischen Correspondenz“ zufolge wurden an das Feldregiment Freiherr von Ruhn Nr. 17 für sein tapferes Verhalten in den bisherigen Gefechten am Occupationsschanzplatze im ganzen 48 Tapferkeitsmedaillen vertheilt. Es ist dies die zweithöchste Zahl unter allen in Bosnien befindlichen Regimentern, die bloß vom Feldregimente Nr. 52 (ehemals Erzherzog Franz Karl) übertroffen wird, das 52 Medaillen erhielt. — Das Feldartillerieregiment von Hoffmann Nr. 12 wurde mit 34 Tapferkeitsmedaillen theilhaft.

— (Spende.) Die I. k. priv. Assicurazioni Generali in Triest spendete der Laibacher freiwilligen Feuerwehr anlässlich des Brandes im Seifensieber Stuzelbojchen Hause und in Anerkennung der Wirksamkeit dieser Feuerwehr überhaupt den Betrag von hundert Gulden.

— (Brand des I. k. Garnisonsspitals in Triest.) Vorgestern in den Morgenstunden gerieth der Dachstuhl des großen I. k. Garnisonsspitals in Triest in Brand und wurde vollständig eingestürzt. Schon um 4 Uhr früh bemerkten Soldaten in einem Kamine den Ausbruch des Feuers und bemühten sich, dasselbe zu löschen. Dieselben konnten jedoch das Feuer nicht bewältigen, und gegen 6 Uhr schlugen die Flammen bereits beim Dachstuhl heraus und wurde die Feuerwehr avisiert, welche alsbald am Brandplatze erschien. Kurz nach 6 Uhr stand bereits der ganze Dachstuhl des weitläufigen Gebäudes in Brand. Es wurde den Kranken, von welchen sich bloß 147 im Spital befanden, da erst tags zuvor 150 nach Laibach abgegangen waren, selbstverständlich die erste Hilfe geleistet; dieselben wurden theils mit Tragbahnen, theils mit Broughams und Omnibus in die große Kaserne, in die dormalen als Filialspital dienende Ex-Gendarmekaserne, theils in die benachbarten Privathäuser, die Offiziere in die bereitwillig zur Verfügung gestellte Campagna Alra gebracht. Auf dem Hafenkastelle wurden drei Kanonenschiffe zur Benachrichtigung der Garnison gelöst, welche auch allso gleich starke Abtheilungen zur Hilfeleistung entsendete.



